

Ludwig Schleritzko
Landesrat

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 24.05.2019
zu Ltg.-659/A-5/132-2019
~~-Ausschuss~~

Herrn
Präsident des NÖ Landtages
Mag. Karl Wilfing

St. Pölten, am 24. Mai 2019

B. Schleritzko-F-24/039-2019

Sehr geehrter Herr Präsident!

In Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Windholz, Ltg.-659/A-5/132-2019, betreffend "geplante Breitspurbahn mit Güterterminals" vom 12. April 2019 teile ich, soweit es meinen Zuständigkeitsbereich betrifft, folgendes mit.

Die Planungen des Projektes einer Verlängerung der russischen Breitspurbahn von der Ostslowakei in die Ostregion Österreichs werden, soweit sie das österreichische Staatsgebiet betreffen, von der ÖBB-Infrastruktur AG betrieben. Aus diesen Aktivitäten leitet sich auch der folgende, dem Land Niederösterreich bekannte Planungsstand ab.

Seitens der ÖBB-Infrastruktur AG wird für das in Entwicklung stehende Schienenverkehrsprojekt eine Netzveränderung im Sinne des Bundesgesetzes über die strategische Prüfung im Verkehrsbereich (SP-V-Gesetz) angenommen. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) hat daher auf Betreiben des Initiators ÖBB-Infrastruktur AG ein Verfahren zur strategischen Prüfung dieser vorgeschlagenen Netzveränderung gestartet. Das Ziel dieses Verfahrens ist, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die Eisenbahnstrecke in der Relation Raum östlich von Wien – Staatsgrenze bei Kittsee (Strecke und Güterterminal) durch eine Verordnung der Bundesregierung zur Hochleistungsstrecke erklären zu können.

Im Zuge dieses Rechtsverfahrens steht unter anderem dem Land Niederösterreich eine formelle Stellungnahmemöglichkeit zur geplanten Netzveränderung offen, die in einem ersten Schritt zum vorgelegten Scoping-Dokument (Inhaltsverzeichnis für den gemäß

§ 6 SP-V-Gesetz anzufertigenden Umweltbericht) auch ergriffen wurde. In der Stellungnahme wurden all jene fachlichen Aspekte dargelegt, die bei der Erstellung des Umweltberichtes über das vorgelegte Dokument hinaus aus der Sicht des Landes jedenfalls berücksichtigt werden müssen.

Der Vorschlag für die Netzveränderung und der zugehörige Umweltbericht werden nach dessen Fertigstellung auf der Internetseite des BMVIT veröffentlicht, wonach das SP-V-Gesetz für die gesamte Öffentlichkeit die Möglichkeit einer Stellungnahme vorsieht.

Die dem Land Niederösterreich derzeit zugänglichen projektrelevanten Daten sind aus fachlicher Sicht keinesfalls geeignet, eine seriöse Bewertung dieses Projektes hinsichtlich der wesentlichen Aspekte vorzunehmen.

Seitens des Landes Niederösterreich wurde daher im Rahmen der Landesverkehrskonferenz am 17. Mai 2019 gegenüber den Vertretern des BMVIT klargestellt, dass das Land Niederösterreich die Entwicklungen rund um die Planungen einer Breitspur-Eisenbahnverbindung genau beobachtet. Denn schon jetzt ist die Verkehrssituation im Osten des Bundeslandes sehr angespannt. Es darf daher hier im Zuge der Planungen und etwaigen Umsetzungen zu keiner Überforderung der Region kommen. Dafür notwendige begleitende Infrastrukturmaßnahmen müssen von Anfang an mitgedacht werden. Vor etwaigen Entscheidungen, welche die Zukunft einer gesamten Region prägen würden, sollten darüber hinaus Länder und Gemeinden zu konsultieren sein.

Mit freundlichen Grüßen

LR Schleritzko eh.